

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
vom 23.03.2021**

**Anwesend:**

**(stimmberechtigte)**

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Baqué, Manuel	CDU
Bindert, Gabriele	CDU
Busch, Tobias, Dr.	CDU
Finke, Stephan	CDU
Schwarz, Doris	CDU
Koch, Gunther	SPD
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD

**Vertretung für Aylin  
Höppner**

Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Trapp, Hartmut	AfD
Piana, Jesko	FWG
Börstler, Thomas	FDP
Schwarzendahl, David	Die Linke

**(nicht stimmberechtigte)**

Berg, Linda	Verwaltung
Denzer, Marika	Verwaltung
Heitz, Sebastian	Verwaltung
Hoppe, Julia	Verwaltung
Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Müller, Steven	
Reinhardt, Michael	Verwaltung
Schubert, Isabel	Verwaltung
Strotmann, Daniel	Wirtschaftsförderungsge-
sellschaft	
Zobel, Ronald	Verwaltung

**Es fehlen entschuldigt:**

**(stimmberechtigte)**

Höppner, Aylin	SPD
----------------	-----

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr      Ende der Sitzung: 18:57 Uhr

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 18.03.2020 auf Dienstag, den 23.03.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 6 bis 10 in nichtöffentlicher Sitzung im per Videokonferenz, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

---

Oberbürgermeister Martin Hebich  
(Vorsitzende/r)

---

Isabel Schubert  
(Schriftführer/in)

## Tagesordnung

Die Vorlage **XVII/1400 „Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Ludwigshafen-Edigheim/Altrheingraben“** wird als **TOP 3.1** auf die Tagesordnung genommen.

Der mündliche Bericht **„Baumfällung für Baustelleneinrichtung Neubau Stadtwerke“** wird als **TOP 4.1** auf die Tagesordnung genommen.

### I. Öffentliche Sitzung

Vorlagen der Verwaltung

1. Beschluss über die weitere Vorgehensweise zur Kapitalherabsetzung der WFG  
Vorlage: XVII/1428
2. Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO  
Vorlage: XVII/1468
3. Hilfsprogramm der Stadt Frankenthal (Pfalz) zur Bewältigung der Corona-Pandemie für gemeinnützige Frankenthaler Vereine 2021  
Vorlage: XVII/1472
- 3.1. Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Ludwigshafen-Edigheim/Altrheingraben  
Zuziehung des Wegestücks Nr. 1851 Gemarkung Studernheim zum Flurbereinigungsverfahren  
Vorlage: XVII/1400

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

4. Aufwendungen für die Beseitigung von Schäden durch Vandalismus im Jahr 2020  
Vorlage: XVII/1458
- 4.1. Baumfällung für Baustelleneinrichtung Neubau Stadtwerke;  
hier: mündlicher Bericht

Anträge der Fraktionen

5. Verwaltung 4.0: Überprüfung der Raumbedarfe der Verwaltung angesichts der Erfahrungen mit Arbeiten im Homeoffice in der Covid-19-Pandemie  
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: XVII/1282

### II. Nichtöffentliche Sitzung

Personalangelegenheiten

### III. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



Aktenzeichen: 10/B/Z

Datum:

Hinweis:

**Beschluss über die weitere Vorgehensweise zur Kapitalherabsetzung der WFG**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 10, 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

**1. Auflösung der Kapitalrücklage**

Die Kapitalrücklage in Höhe von 149.828,94 EUR wird aufgelöst und mit dem Verlustvortrag von 150.098,00 EUR verrechnet - hier verbleibt ein restlicher Verlust von 269,06 EUR.

**2. Verlustverrechnung**

Für das Jahr 2020 ist ein Verlust in Höhe von etwa 20 TEUR (inkl. 269,06 € restlicher Verlustvortrag) geplant. Nach Erstellung des Jahresabschlusses wird der genaue Betrag festgestellt.

**3. Kapitalherabsetzung**

Das Stammkapital wird von 590.000,00 EUR auf 100.000,00 EUR im Rahmen einer ordentlichen Kapitalherabsetzung herabgesetzt. Die Eintragung der Satzungsänderung (neues Stammkapital und neue Satzung) im Handelsregister kann frühestens ein Jahr nach Beschlussfassung und Veröffentlichung (§ 58 GmbHG) erfolgen. Die Herabsetzung des Kapitals von 590 TEUR auf 100 TEUR führt zu einer Auszahlung an die Beteiligten. Die Auszahlungen entsprechen den Beträgen in der Spalte "Herabsetzung", d. h. die Sparkasse erhält z. B. 219.067,80 EUR.

**4. Verkauf bzw. Kauf von Anteilen**

Entsprechend der geplanten Gesellschafterstruktur werden Geschäftsanteile ver- bzw. gekauft. Die Sparkasse verkauft bspw. 29,11 % der Anteile zu einem VK-Preis in Höhe von 29.110,17 EUR an die übrigen Gesellschafter. Der Verkauf/Kauf findet somit zum Nennwert der Anteile statt (z.B. kauft die VR Bank 8.177,97 Anteile zu einem Kaufpreis von 8.177,97 EUR).

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Ausschussmitglied Dr. Schulze fragt, wie der Verlust für das Jahr und der Restverlust aus der Auflösung der Kapitalrücklage weiterbehandelt werden sollen.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass es noch umfangreiche Kapitalrücklagen gibt, die aus Grundstücksgeschäften entstanden sind, welche die Gesellschafter damals zur Verfügung gestellt haben. Die Verluste werden verrechnet und das Stammkapital herabgesetzt.

Ausschussmitglied Bindert fordert, dass der Ausschuss in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse der neuen Personalisierung informiert wird.

Ausschussmitglied Trapp fragt nach, wie hoch die Beteiligung der Stadt ist und ob der Anteil entsprechend bei dem vorständigen Aufsichtsrat berücksichtigt wird.

Oberbürgermeister Hebich erläutert, dass die Stadt bisher nur eine Minderheitsbeteiligung hatte, allerdings den Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt hat. Der Aufsichtsrat hat gemäß dem Gesellschaftsvertrag eine bestimmte Größe, hierbei stehen sowohl den einzelnen Gesellschaftern, als auch der Stadt Sitze zu und diese sind nach Bestimmungen der Gemeindeordnung entsprechend dem Proporz zu besetzen, welcher im Rat herrscht. Die weitere Besetzung des Aufsichtsrates ist durch die Stadtwerke zu entscheiden.

Herr Müller stellt verschiedene Maßnahmen vor, die er als Wirtschaftsförderer geplant hat.



Aktenzeichen: 40-21/SW

Datum:

Hinweis:

**Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>2</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 40					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die nachfolgenden Spenden werden gem. § 94 Abs. 3 GemO durch die Stadt Frankenthal (Pfalz) angenommen:

1. Sachspende in Form einer Musik-Figurengruppe der Porzellanmanufaktur von Friedrich Wessel von Frau Dr. Maria Lucia Weigel, Rahmengasse 18, 69120 Heidelberg an das Erkenbert-Museum Frankenthal (Pfalz), in Höhe von 200,00 Euro.
2. Sachspende in Form von drei Druckgraphiken und einem Gemälde von Herrn Dipl.-Ing. Heiner Graf, Wormser Straße 16, 67227 Frankenthal (Pfalz) an das Erkenbert-Museum Frankenthal (Pfalz), in Höhe von ca. 580,00 Euro.



Aktenzeichen: 41/Ho

Datum:

Hinweis:

**Hilfsprogramm der Stadt Frankenthal (Pfalz) zur Bewältigung der Corona-Pandemie für gemeinnützige Frankenthaler Vereine 2021**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>3</b>	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
					Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:		Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>			
<b>Abdruck an:</b> 41, 20								

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) beschließt die angepasste Weiterführung für das bereits im Jahr 2020 ins Leben gerufene Unterstützungsprogramm mit einem Volumen von 100.000 Euro zur Förderung gemeinnütziger Frankenthaler Vereine zur Bewältigung von Einnahmeausfällen bzw. notwendigen Ausgaben in der Corona-Pandemie.

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Ausschussmitglied Koch möchte wissen, wie die Mittel vergeben werden und wer über die Mittelvergabe entscheidet.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass der Haupt- und Finanzausschuss bei allen Bezuschussungen zuständig ist. Er sichert die Nachreichung der Informationen zu.

Ausschussmitglied Dr. Schulze fragt nach, wieso eine Untergrenze bei 1.000,00 EUR gesetzt wurde.

Oberbürgermeister Hebich erläutert, dass es bei allen Zuwendungsverfahren immer Mindestbeträge gibt, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten und um zu vermeiden, dass zu viel Personal und erhebliche Haushaltsmittel gebunden werden.



Aktenzeichen: 612/ Lö und 611/Hei

Datum: Hinweis:

**Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Ludwigshafen-Edigheim/Altrheingraben  
Zuziehung des Wegeflurstücks Nr. 1851 Gemarkung Studernheim zum Flurbereinigungsverfahren**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>3.1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
<b>Abdruck an: 61, 20</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Stadt Frankenthal beantragt beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum die Zuziehung des Wegeflurstück Nr. 1851 in der Gemarkung Studernheim zum vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Ludwigshafen-Edigheim/Altrheingraben.
2. Der Befestigung des ca. 170 m langen Wegestücks (Flst. Nr. 1851, Gem. Studernheim) zwischen der Gemarkungsgrenze und dem Ranneybrunnen in Bitumenbauweise wird zugestimmt.



Aktenzeichen: 20/Zo/Fl/bm

Datum:

Hinweis:

**Aufwendungen für die Beseitigung von Schäden durch Vandalismus im Jahr 2020**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>4</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 20					

Die Verwaltung berichtet:

Im Verlauf des Jahres 2020 entstanden der Verwaltung rd. 60.000 € zur Beseitigung von Schäden durch Vandalismus. Eine Auflistung, aus der die Art der Schäden, der finanzielle Aufwand zur Schadenbeseitigung und die mit der Schadenabwicklung befasste (beauftragende) Stelle ersichtlich sind, ist in der Anlage beigefügt.

Die Zusammenstellung ist als vorläufig anzusehen, da Bereichsmeldungen zu noch nicht abgeschlossenen Schäden ausstehen bzw. noch zu klären sind.

Soweit die Schäden durch Vandalismus in Zusammenhang mit Einbrüchen in städtischen Liegenschaften – insbesondere Schulen und Kindertagesstätten – stehen, können den Schadenbeseitigungsaufwendungen Erträge aus speziellen Versicherungsleistungen gegengerechnet werden.

Vergleichszahlen aus den letzten Jahren liegen wie folgt vor:

- im Jahr 2019 war der Gesamtaufwand bei rd. 275.000 € gelegen. In diese Summe waren die Aufwendungen für den Brandschaden durch Brandstiftung bei der Andreas-Albert-Schule (rd. 200.000 €) enthalten
- 2018 Gesamtaufwand von rd. 78.000 €
- 2017 Gesamtaufwand von rd. 77.000 €

Falls gewünscht, kann die Verwaltung diesbezüglich auch künftig berichten.

Martin Hebich  
Oberbürgermeister

Anlage

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich stellt die Vorlage vor.

Ausschussmitglied Trapp fragt, ob die Möglichkeit der Video-Überwachung besteht. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Kosten durch den Brand in der Andreas-Albert-Schule inzwischen von der Versicherung übernommen wurden und ob die Gebäude generell gegen Vandalismus und Schäden versichert sind.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass Video-Überwachung nur möglich ist, wenn eine konkrete Gefahr dauerhaft gegeben ist. Die Gebäude sind gegen Brandschäden versichert, allerdings nicht gegen Vandalismus.

Bürgermeister Knöppel ergänzt, dass die Stadt von der Versicherung rund 200.000,00 EUR für die Brandschäden in der Andreas-Albert-Schule erhalten hat.

Ausschussmitglied Hatzfeld-Baumann möchte wissen, warum in der Kostenschätzung keine Kosten für die Ersetzung von mehreren beschädigten Bäumen, die gefällt werden mussten, stehen.

Oberbürgermeister Hebich erläutert, dass es sich bei dem Baum in der Jahnstraße um einen gespendeten Baum handelte. Aus diesem Grund sind keine Kosten aufgeführt. Des Weiteren wurde noch keine Ersatzpflanzung vorgenommen.

Frau Denzer ergänzt, dass dieser Baum bereits einmal ersetzt wurde und nun zum zweiten Mal beschädigt wurde. Es besteht Hoffnung, dass der beschädigte Baum nochmal austreibt. Sollte der Baum ersetzt werden müssen, wird mit den Spendern gesprochen, ob der Baum wieder an derselben Stelle gepflanzt werden soll oder an einer anderen Stelle.

Ausschussmitglied Schwarzendahl fragt nach, ob es Versicherungsmöglichkeiten, beispielsweise für Wohnheime, gibt.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass diesbezüglich nochmal beim Rechtsamt nachgefragt werden muss.

Bürgermeister Knöppel ergänzt, dass die Informationen in der nächsten Sitzung nachgereicht werden.



**XVII. Wahlperiode 2019 – 2024**

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

**Baumfällung für Baustelleneinrichtung Neubau Stadtwerke;  
hier: mündlicher Bericht**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>4.1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
<b>Abdruck an: 61</b>					

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich übergibt das Wort an Herrn Reinhardt.

Herr Reinhardt stellt Herrn Glück vom Planungsbüro Goldbeck und Herrn Schröder von den Stadtwerken Frankenthal vor.

Herr Glück präsentiert den Plan (s. Anhang) ausführlich.

Oberbürgermeister Hebich fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, die Einfahrt etwas weiter nach hinten zu versetzen und welche sonstigen Plätze außerhalb des Werkes geprüft worden sind.

Herr Schröder erläutert, dass sonstige geprüfte Plätze größentechnisch nicht ausreichend sind.

Oberbürgermeister Hebich möchte wissen, welche Alternativen zur Verfügung stehen und welche Auswirkungen dies auf den Bauablauf und die Kosten hat.

Herr Glück erläutert, welche Bäume aufgrund der Bauplanung gefällt werden müssen und an welchen Stellen Ersatzpflanzungen vorgenommen werden sollen.

Nach reger Diskussion bittet Ausschussmitglied Bindert darum festzusetzen, dass ein Abstand von sechs Metern zu den städtischen, an der Wormser Straße stehenden Platanen eingehalten wird, damit der Wurzelraum nicht überfahren und die Bäume beschädigt werden. Des Weiteren möchte sie wissen, in welcher Form der Ausgleich und Ersatz geschaffen werden soll.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass noch keine Genehmigung erteilt worden ist, dies dann allerdings dort festgelegt werden müsste. Er versichert, dass ein entsprechender Ausgleich vorgenommen wird.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Verwaltung 4.0: Überprüfung der Raumbedarfe der Verwaltung angesichts der Erfahrungen mit Arbeiten im Homeoffice in der Covid-19-Pandemie hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top <b>5</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
<b>Abdruck an:</b> <b>SPD, 20</b>					

**Die Verwaltung wird beauftragt,**

1. zu berichten, wie viele Mitarbeiter\*innen aus welchen Fachbereichen mit welchen Regelungen während der Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 und im November/Dezember 2020 ganz oder teilweise von zu Hause aus („Homeoffice“) gearbeitet haben bzw. arbeiten
2. im Jahr 2021 zu berichten, welche Erfahrungen damit und mit Videokonferenzen als Ersatz für Präsenzbesprechungen gemacht wurden
3. zu prüfen und zu berichten, in welchen Bereichen danach und im Lichte der auf der Grundlage des Online-Zugangsgesetzes (OZG) bis 2022 den anzubietenden digitalen Verwaltungsdienste auch nach Ende der Covid-19-Einschränkungen das Arbeiten von zu Hause ganz oder teilweise dauerhaft eingeführt werden kann
4. und die bisher maßgeblichen Bedarfe an Büroflächen und die daraus folgenden Anmietungüberlegungen auf zukünftige Angemessenheit zu überprüfen

**Begründung:**

In der jüngeren Vergangenheit hat die Verwaltung nachvollziehbar auf erhebliche räumliche Engpässe in den vorhandenen eigenen bzw. angemieteten Verwaltungsgebäuden verwiesen und auf dieser Grundlage Beschlüsse über die Anmietung von weiteren Büroflächen (z.B. Sternjakob; ehem. Postgebäude) herbeigeführt, ohne dass diese (Sternjakob) bis jetzt voll umfänglich umgesetzt worden wären.

Das durch die Einschränkungen im Zug der Eindämmung der Covid-19-Pandemie erzwungene vermehrte Arbeiten von einer erheblichen Anzahl von Mitarbeiter\*innen von zu Hause aus („Homeoffice“) und die Erfahrungen damit sollten unseres Erachtens nach Anlass sein, das traditionelle Bild der Verwaltungsarbeit zu überdenken. Auch der Bedarf an Besprechungsräumen sollte dabei nach den Erfahrungen mit Videokonferenzen auf den Prüfstand. Zudem wird durch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis 2022 ohnehin ein umfangreicher Katalog von bürgerorientierten Verwaltungsdienstleistungen zukünftig digital/online erfolgen (müssen). Die Berechnungen der Raumbedarfe für die zukünftige Unterbringung der Verwaltung müssen auf der Grundlage dieses neuen Verständnisses davon, wie die Mitarbeiter\*innen ihre Arbeitsleistung zu erbringen haben, überprüft und angepasst werden. Nicht zuletzt können dadurch Kosten eingespart werden.

Mit freundlichen Grüßen

AYLIN HÖPPNER

## **Protokoll:**

Ausschussmitglied Dr. Schiffmann stellt den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion ausführlich vor.

Oberbürgermeister Hebich sagt zu, dass es in einem halben Jahr, im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen, einen Bericht über die Fortentwicklung geben wird.

Ausschussmitglied Hatzfeld-Baumann wünscht einen gegen Ende des Jahres einen Bericht über den Stand der Umsetzung des Dokumentenmanagementsystems.

Ausschussmitglied Dr. Werle-Schneider bittet darum, nach dem nächsten Update, die prozentuellen Werte in der Tabelle auf Seite 8 der Vorlage angegeben zu kriegen, um zu sehen in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß Homeoffice möglich ist.

Frau Berg erläutert, dass die Stadtverwaltung 450 Büroarbeitsplätze hat, zwischenzeitlich sind die Telearbeitsplätze auf 331 erhöht worden. Dies entspricht knapp 75 Prozent der Beschäftigten. Diese Beschäftigten haben einen Antrag auf Telearbeit gestellt und die Möglichkeit Telearbeit zu leisten. Zu beachten sind Arbeitsplätze, bei denen keine Telearbeit möglich ist wie z. B. Hausmeister, Reinigungskräfte usw.

Der Antrag wird auf Wiedervorlage in einem halben Jahr gesetzt.



**XVII. Wahlperiode 2019 – 2024**

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

**Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.03.2021</b>	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b>					

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 6	einstimmig beschlossen
TOP 7	einstimmig beschlossen
TOP 8	einstimmig beschlossen
TOP 9	einstimmig beschlossen
TOP 10	einstimmig beschlossen